

Entwurf eines Gesetzes über einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für die Jahre 2027 bis 2029

Vorbemerkung

Der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS) dankt für die Möglichkeit der Stellungnahme. Für die mineralische Roh- und Baustoffindustrie sind Energiekosten ein zentraler Wettbewerbsfaktor. Ohne entsprechende Zuschüsse sind die Übertragungsnetzentgelte in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen. Für energieintensive Sektoren wurden sie zu einem schwer kalkulierbaren Kostenrisiko. Aus diesem Grund begrüßt der BBS, dass der Zuschuss nun regulativ bis 2029 festgeschrieben wird.

Kritisch bewertet der BBS jedoch die gegenüber 2026 um 975 Mio. Euro reduzierte Zuschusssumme von nun 5,525 Mrd. Euro pro Jahr – gerade angesichts der aktuellen Konjunkturkrise in Industrie und Bauwirtschaft.

Im Einzelnen:

§ 24d EnWG – Höhe des Zuschusses

Die in § 24d Absatz 1 EnWG festgeschriebene jährliche Zuschusshöhe von 5,525 Milliarden Euro für 2027 bis 2029 bleibt hinter dem für das Jahr 2026 vorgesehenen Volumen von 6,5 Milliarden Euro zurück. Die Absenkung um 975 Millionen Euro entspricht einer Reduzierung der jährlichen Entlastung um rund 15 Prozent und ist mit Blick auf die ohnehin hohen Energiekosten am Industriestandort Deutschland kritisch zu bewerten. Der BBS fordert daher, den Zuschuss mindestens auf dem Niveau des Jahres 2026 von 6,5 Milliarden Euro pro Jahr zu verstetigen.

§ 24d EnWG – zeitliche Festschreibung für die Jahre 2027 bis 2029

Die zeitliche Festschreibung der Fördersumme für die Jahre 2027 bis 2029 wird aus Gründen der Planungssicherheit begrüßt. Der BBS regt eine frühzeitige Prüfung einer Anschlussregelung an, da Investitionszyklen weit über den Förderzeitraum hinausreichen. Ein Auslaufen ohne Nachfolgeinstrument würde 2030 – auch nach abgeschlossenem Prozess zur Reform der Netzentgeltsystematik (AgNES) – zu einem sprunghaften Kostenanstieg führen.

§ 24d EnWG in Verbindung mit dem KTF – Finanzierung

Der Zuschuss wird vollständig aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) finanziert. Der BBS bewertet diese Mittelherkunft kritisch. Der Zuschuss entlastet alle Stromkunden und dient damit einem breiten standortpolitischen Ziel. Eine solche gesamtstaatliche Aufgabe sollte der reguläre Bundeshaushalt tragen. Die begrenzten Mittel des KTF werden für die Dekarbonisierung der energieintensiven Grundstoffindustrie benötigt. Der BBS fordert daher, den Zuschuss aus dem regulären Bundeshaushalt zu finanzieren.

Berlin, 13. August 2026

Über den BBS

Der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (BBS) vertritt als Dachverband 20 Fachzweige, die in 16 Bundesfachverbänden organisiert sind und deren Mitglieder mineralische Roh- und Baustoffe produzieren. Der BBS ist Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie der Initiative Energieintensive Industrien in Deutschland (EID).